

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

Hannover, 25. April 1947

Sonderausgabe

Wir geben in dieser Sonderausgabe einer vielfachen Anregung folgend das wichtigste Material über die Meinberger Tagung heraus, das damit den Schriftleitungen geschlossen für den Zweck eines späteren Rückgriffs zur Verfügung steht.

Die Redaktion

Es handelt sich um folgende Entschliessungen:

- I. Entschliessung des Vorstandes der SPD
- II. Entschliessung des Parteiausschusses der SPD
- III. Entschliessung über die französische Zone
- IV. Entschliessung über die Saarfrage
- V. Entschliessung über die abgesagte Pfingsttagung der Jungsozialisten
- Va. Kundgebung der Jungsozialisten
- VI. Mitteilung Alfred Naus über Mitgliederbewegung
- VII. Bericht zum Thema "Die SPD zur Regierungsbildung"

I. Sitzung des Vorstandes der SPD

In Vertretung Dr. Schumachers eröffnete und leitete Erich Ollenhauer, der 1. Stellvertretende Vorsitzende der SPD, die Sitzung des Vorstandes der Partei am 22. und 23. April in Bad Meinberg ein.

Der Parteitag der SPD wurde auf die Zeit vom 29. Juni bis 2. Juli festgelegt und die Tagesordnung mit Hauptreferaten von Dr. Schumacher und Walter Menzel beschlossen. Tagungen für Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik und Reichsfrauenkonferenz werden dem Parteitag vorangehen.

Die Einladung zur Internationalen Konferenz in Zürich wurde provisorisch akzeptiert; die endgültige Entscheidung wird nach der Klärung der Teilnahmebedingungen gefällt.

In der Frage der Vier-Parteien-Besprechung fanden die vom geschäftsführenden Vorstand festgestellten Vorbedingungen (die u.a. auch das Vorhandensein einer echten, freien Sozialdemokratie in der Ostzone einschliessen) volle Billigung.

Zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuss wurde eine eingehende Aussprache über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der durch den SPD-Wahlerfolg in der britischen Zone geschaffenen Lage durchgeführt.

Den sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen in der britischen Zone wird empfohlen, neue Gemeindeordnungen vorzubereiten und Neuwahlen in den Kommunen mit der Beschlussfassung darüber zu verbinden.

Die Bildung eines Reichsausschusses für sozialistische Kulturarbeit wurde beschlossen.

Die sehr schwierige Situation der Sozialdemokratie in der französischen Zone, besonders im Saargebiet, war Gegenstand einer eingehenden Aussprache, in der die Einschränkung der freien politischen Betätigung lebhaft kritisiert wurde.

Der Tagung ging eine Sitzung des Aussenpolitischen Ausschusses voraus, der sich mit dem Verlauf der Moskauer Aussenministerkonferenz, der Einladung zur Internationalen Sozialistenkonferenz und der Saarfrage beschäftigte.

Hv. 25.4.47

l/pe

## II.

## Sitzung des Parteiausschusses der SPD

In zweitägiger Arbeit nahm der Parteiausschuss der SPD am 23. und 24. April in Bad Meinberg zu der Lage Stellung, die nach der Konferenz der Aussenminister in Moskau, nach den Wahlen in der britisch besetzten Zone und nach der Entwicklung der ernährungs- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Deutschland entstanden sind. Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, Hannover, der die Verhandlungen leitete, gab einen umfassenden Bericht über die ausser- und innenpolitische Situation und untersuchte die Voraussetzungen, unter denen die Fraktionen der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten der Länder über die Mitarbeit der SPD in den Länderparlamenten zu entscheiden haben dürften.

In einer ausgedehnten Aussprache erörterte der Parteiausschuss die Lage der Sozialdemokratie in der Ostzone und im französisch besetzten Gebiet Deutschlands. Er protestierte in einer Entschliessung, die in Abwesenheit der Mitglieder des Parteiausschusses aus der französischen Zone gefasst wurde, gegen die Massnahmen der Besatzungsmacht, die es den Sozialdemokraten aus der Zone unmöglich machten, an Veranstaltungen der SPD teilzunehmen.

Die Beteiligung an separatistischen Bestrebungen und die Mitgliedschaft an separatistischen Organisationen wurde in einer weiteren Entschliessung, die zur Saarfrage gefasst wurde, als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur SPD bezeichnet.

Der Parteiausschuss befasste sich im Verlauf der Aussprache besonders mit den Möglichkeiten der deutschen Länderparlamente, die Verantwortlichkeit für die Entscheidungen über die wirtschaftlichen und vor allem auch Ernährungsverhältnisse deutschen Stellen zu übergeben. Er kritisierte die Übergabe und Annahme von Scheinverantwortungen und verlangte klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Besatzungs- und deutschen Behörden.

Der Parteiausschuss trat dem Beschluss des Parteivorstandes bei, die Karl-Marx-Feier in Trier abzusagen, da die ungehinderte Durchführung der Feier, und die Ansprache durch den Vorsitzenden der SPD nicht gesichert ist.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde nach eingehender Aussprache als Hilfsorganisation der Kommunisten bezeichnet, in der sozialdemokratische Funktionäre nicht mitwirken sollten.

Zur Besserung der Ernährungslage bestätigte der Parteiausschuss die Forderungen, die der Vorstand der SPD bereits zu Beginn der Ernährungs- und Wirtschaftskrise veröffentlicht hatte und die u.a. vermehrte Fetteinfuhr, Erhöhung des Ablieferungssolls, wirksamen Ausgleich der Erzeugnisse der deutschen Länder und mehr Rechte für die bizonale Lenkung der Ernährungswirtschaft verlangte, wurde vom Parteiausschuss bestätigt.

Hv. 25.4.47

l/he.

III.

### Die SPD über die französische Zone

Bad - Meinberg, 24. April 1947

Die französische Militärregierung führte die politische Abschneidung der französisch besetzten Zone vom übrigen Deutschland durch, so heisst es in einer Entschliessung, die der Parteivorstand der SPD in einer Sitzung am 23. April einstimmig fasste und der der Parteiausschuss zustimmte. Für die Sozialdemokratie hat diese Politik zur Folge, dass die Teilnahme von Sozialdemokraten aus anderen Zonen an Veranstaltungen der Partei in der französischen Zone und die Teilnahme der Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses der SPD aus der französischen Zone an Tagungen dieser Körperschaften verboten sind. Die Militärregierung hat die Übertretung dieser Verbote unter Strafe gestellt.

Vorstand und Parteiausschuss der SPD protestierten in Abwesenheit ihrer Mitglieder aus der französischen Zone mit aller Entschiedenheit gegen diese Massnahmen. Sie sahen in der Aufrechterhaltung der organisatorischen und politischen Einheit der SPD eine unerlässliche Voraussetzung für den demokratischen Aufbau Deutschlands.

CIV.

### Sozialdemokratie und Saarfrage

Bad Meinberg, 24. April 1947

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in einer Sitzung vom 22. und 23. April 1947 in einem Beschluss zur Entwicklung der politischen Verhältnisse im Saargebiet erneut daran erinnert, dass die SPD den Frieden erstrebe. Der Vorstand der SPD missbilligte die Beteiligung von Sozialdemokraten an separatistischen Bestrebungen von Sozialdemokraten und die Mitgliedschaft in separatistischen Organisationen, insbesondere in M.R.S. (Mouvement pour le Rattachement de la Saarre a la France.) Sie sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei.

V.

### Pfingsttreffen der Jungsozialisten abgesagt

Bad Meinberg, 24.4.47

Der zentrale Arbeitsausschuss der Jungsozialisten Deutschlands stellte in einer Sitzung in Bad Meinberg fest, dass die Voraussetzung unter denen ein Pfingsttreffen der Jungsozialisten durchgeführt werden sollte, nicht mehr gegeben seien. Die Zuspitzung der Ernährungslage lasse eine Verpflegung der Teilnehmer selbst in bescheidenstem Umfang nicht zu.

Aus den bisher vorliegenden Meldungen geht hervor, dass die angesetzte Teilnehmerzahl von etwa 20 000 Jungsozialisten wesentlich überschritten würde. Die Inanspruchnahme von Transportraum würde mithin einen ausserordentlichen Umfang annehmen. Es sei jedoch nicht zu verantworten, die für die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern dringend benötigten Transportmittel in einem solchen Ausmass zusätzlich in Anspruch zu nehmen, da dies eine erneute Verschärfung der katastrophalen Ernährungslage im Ruhrgebiet bedeuten würde.

Der Verzicht auf diese Massenkundgebung der Jungsozialisten Deutschlands, die ein Bekenntnis für Frieden und Völkerverständigung sein sollte, ist dem Arbeitsausschuss nicht leicht geworden. In Zukunft würden die Jungsozialisten mehr denn je ihre Stimme erheben, um Deutschland und die Welt darauf aufmerksam zu machen, dass der Teil der jungen Generation, die in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vereint sei, die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft begriffen habe und helfen werde, sie im sozialistischen Sinne zu lösen.

Va.

## Kundgebungen der Jungsozialisten

Bad Meinberg - 23. April 1947

Der zentrale Arbeitsausschuss der Jungsozialisten in Deutschland stellte in einer Entschliessung fest, dass Pläne für die Einrichtung von Arbeitserziehernlagern, freiwilligem Arbeitsdienst und zwangsweisem Arbeitsdienst vorlägen. Ohne zunächst eine Stellungnahme zu diesen Plänen abgeben zu wollen, erhob der Arbeitsausschuss in einer Tagung in Bad Meinberg die Forderung, dass bei der Planung dieser und ähnlicher Massnahmen berufene Vertreter der Jungen Generation gehört werden müssten.

In einer weiteren Entschliessung wendete sich der Arbeitsausschuss für Jungsozialisten Deutschlands gegen einen Lehrplan des Kultusministers in Nordrhein-Westfalen, für die höheren Schulen, in dem die Pflege des Landknechtliedes empfohlen wird. Die Jungsozialisten in der SPD haben gegen diese Bestimmung des Lehrplanes schärfsten Einspruch erhoben. Mit Bleisoldaten fing es an, über Landknechtlieder und Kriegsromantik führe man die Jugend auf die Schlachtfelder. Oberster Grundsatz der Jugenderziehung müsse sein, den jungen Menschen die Ideen des Friedens und der Völkerverständigung nahezubringen. Es wurden Sofortmassnahmen verlangt, die die Verherrlichung von Krieg, Soldatenspielerlei und Landknechtstum im Rahmen der Jugenderziehung unmöglich machen sollen.

## Mitteilung von Alfred Nau über Mitgliederbewegung

VI.

Bad Meinberg, 23. April 1947

Die grössere Körperschaft, der Partiausschuss, dem Vertreter aller Bezirke der SPD angehören, hörten zunächst einen Organisationsbericht, den der Kassensführer der Partei, Alfred Nau, Hannover, erstattete. Zu Beginn des Jahres zählte die SPD danach 712 000 eingeschriebene Mitglieder. Sie hatte sich im Verlauf des letzten halben Jahres in ihrem Bestand verdoppelt. Ein Vergleich mit der Mitgliederzahl von 1931, dem letzten Jahre, in dem vor dem Naziregime normale politische Verhältnisse in Deutschland herrschten, ergab, dass die SPD heute über 110 000 Männer und Frauen mehr zählte als damals. Die Beitragsleistungen würden als gut bezeichnet. 81,5 Prozent der Mitglieder, die in 8 000 Ortsvereinen vereinigt sind (das sind etwa 2800 Ortsvereine mehr als 1931) kommen ihren Verpflichtungen regelmässig nach.

Der Partiausschuss besprach danach die gegenpolitische Lage.

Die SPD zur Regierungsbildung

Bad Meinberg, 24.4.1947

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, die sich nach den Wahlen in der britischen Zone, nach den Ergebnissen der Außenministerkonferenz in Moskau und nach der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in den letzten Monaten ergibt, wurde in einem ausführlichen Bericht dargelegt, den der Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, vor dem Parteiausschuß erstattete, der seine Sitzungen im Anschluß an die Beratungen des Parteivorstandes am Mittwoch aufnahm und am Donnerstag fortsetzte. Ollenhauer erörterte die Voraussetzungen der politischen Arbeit in allen Zonen Deutschlands und verwies dabei nachdrücklich auf die Schwierigkeiten der SPD in der Ostzone. Die Erwägungen, die sich aus einer solchen Betrachtung für die praktische Wirksamkeit der Partei ergeben, seien nicht zu trennen von den außenpolitischen Ereignissen der letzten Zeit, so auch von der Entwicklung der Bewegung des Generals de Gaulle in Frankreich, von der Haltung der Regierung der USA gegenüber der expansiven Politik der Sowjetunion, von den Erklärungen aus dem Westen und Osten über ein künftiges einheitliches Deutschland oder seine Zerschlagung und vor allem auch von den Maßnahmen der Besatzungsmächte in Deutschland auf wirtschafts- und währungspolitischen Gebiet. Die Forderung der SPD zielt unzweideutig auf eine ungeteilte Deutsche Republik ab. Die neu gewählten und die bereits bestehenden oder noch zu bildenden Parlamente der deutschen Länder müßten eine echte Selbstverantwortung der nun durch Wahlen berufenen deutschen Vertreter durchsetzen. Es sei unerträglich, wenn die Mitglieder der Parlamente und der aus ihnen hervorgehenden Institutionen auch in Zukunft nichts anderes sein sollten als Figuren eines nicht ausschließlich nach deutschen Interessen orientierten Willens. Dabei müsse die besondere Aufmerksamkeit dem Zusammenhalt und einer engeren, unlöslichen Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Teilen Deutschlands zugewandt werden. Auch die bizonalen Ämter in Westdeutschland müßten in ihren Aufgaben und Befugnissen gestärkt werden. Die Verantwortung und Entscheidung müsse deutschen Stellen übertragen werden. Die Sozialdemokratie könne und wolle keinesfalls Verantwortung für Maßnahmen übernehmen, die sie nicht zu bestimmen vermag, weil letzte Entscheidungen von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen würden. Es müsse aufhören, daß Scheinverantwortungen übertragen und übernommen würden. Mit besonderem Ernst wandte sich Ollenhauer der Entwicklung in der französisch besetzten Zone zu, wo die Sozialdemokratie in ihrer Bewegungsfreiheit wesentlich eingeschränkt sei. Die Lage im Saargebiet fordere ein klares Bekenntnis zum Verbleiben des Saarlandes bei Deutschland. Die Sozialdemokratie müsse überall die Initiative in der Hand haben. Sie erstrebe keine Regierungsteilnahme, wenn sie nicht die Gewähr habe, daß durch ihre Mitarbeit die lebenswichtigen Interessen des ganzen deutschen Volkes gewahrt werden könnten. Es gebe unabdingbare Bestandteile für jedes Programm einer Regierungskoalition, an der sich die SPD beteiligen könne und nur wenn sie anerkannt würden, werde sich die SPD beteiligen. Solche Forderungen der Partei richteten sich ebenso an die Besatzungsmächte wie an die anderen politischen Parteien in Deutschland.

In einer ausgedehnten Aussprache erörterte der Parteiausschuß die politische Lage in Deutschland und vor allem die Voraussetzungen der Errichtung unabhängiger deutscher Regierungen und die Möglichkeiten der Mitwirkung der SPD. Sozialismus sei eine Aufgabe der täglichen politischen Arbeit und diese Erkenntnis bestimme das Klima der Koalitionen und der Koalitionserwägungen. Es sei nicht mehr zulässig, auf dem dunklen Hintergrund der außenpolitischen Lage nur ein anschauliches Bild des pseudodemokratischen Marionettentheaters in Deutschland zu betrachten, sondern es müßten nun greifbare Folgerungen gezogen werden. Die SPD müsse den zähen und zerreibenden Kampf um das Wohl des Volkes aus den Ministerstuben und von den dämpfenden Velours der Par-

lemente hinausverlegen in die öffentliche Auseinandersetzung, in die Betriebe, in die Aussprache und Entscheidung des gesamten Volkes. Durch Ministerräte und Präsidenten, durch Parlamente und demokratische Formen dürfe sich die Sozialdemokratie nicht darüber täuschen lassen, daß die Befugnisse dieser Spitzenräte zur Zeit geringer seien als es die Möglichkeiten einfacher Beamter in lokalen Verwaltungen früherer Zeit waren.

Die aktuelle Frage der Beteiligung der SPD an den Regierungen der Länder wurde einmütig so beantwortet, daß die Sozialdemokratie durch ihr im Wahlkampf entwickeltes Programm den Willen zur Übernahme der Verantwortung bekundet habe. Es handele sich jetzt darum, die sachlichen Voraussetzungen der Zusammenarbeit mit anderen Parteien genau zu umreißen und zu prüfen, ob sie eine tragfähige Mehrheitsbildung gestatten. Wenn das möglich ist, so sei keine Regierungsbildung für alle Zeit geschaffen. Wenn sich zeige, daß das sozialistische Programm nicht durchzusetzen sei, müsse die SPD ihre Mitverantwortung versagen.

Der Parteiausschuß nahm den Beschluß des Vorstandes mit Zustimmung zur Kenntnis, einer Einladung zur Internationalen Konferenz der Sozialisten in Zürich Folge zu leisten. Die Aufnahme internationaler Beziehungen wurde als eine lebensnotwendige Angelegenheit der SPD bezeichnet. Als Delegierte der SPD werden Schumacher, Ollenhauer und Honssler (Dortmund) zu der Züricher Konferenz fahren. Auch einer Einladung der holländischen sozialistischen Partei soll Folge geleistet werden.

Für die ersten Maitage war eine Feier der SPD zum Gedenken an Karl Marx in seiner Geburtsstadt Trier vorgesehen. Da aber die französische Militärbehörde die Einreise der Sozialdemokraten und eine allgemeine Erlaubnis für Ansprachen deutscher Sozialisten nicht genehmigt hat, sagt der Vorstand der SPD die beabsichtigte Feier ab.

Die Pan-Europa-Union in Hamburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurden in Entschlüssen der leitenden Parteinstanzen als getrennte kommunistische Hilfsorganisationen bezeichnet, in denen Mitglieder der SPD nicht mitwirken sollten.

Über eine Million Briefe seien in Verbindung mit der Kriegsgefangenen-Hilfsaktion der SPD eingegangen, so berichtete Friedrich Heine vom Parteivorstand der SPD. Es zeige sich schon jetzt, daß die Aktion wirkliche Hilfe zu leisten vermag. Sie führe vielfach bereits Familienmitglieder zusammen, die sich lange suchten und vermittelte Anschriften und Nachrichten über Verbriefte.

Der Parteiausschuß bestätigte die Forderungen, die der Vorstand zu Beginn der Ernährungskrise im Winter zur Besserung der Ernährungslage erhoben hätte, darunter vor allem die Forderung nach erhöhter Fetteinfuhr aus dem Ausland, nach Erhöhung des Abgabebills für die deutsche Landwirtschaft, nach einem wirksamen Ausgleich der Nahrungsmittel in den deutschen Ländern und nach größeren Rechten für das bizonale Amt in Stuttgart.

In Verbindung mit dem Parteitag in Nürnberg soll am 28. Juni die nächste Sitzung des Parteiausschusses stattfinden, während der Parteivorstand bereits in einigen Wochen wieder zusammentreten wird.

Die Beschlüsse, die in Meiningen, oft erst nach lebhaften und gründlichen Aussprachen dann aber ohne Ausnahme einmütig, wenn nicht einstimmig gefaßt wurden, bezeugten eine eindrucksvolle innere Stärke der SPD, die den aktuellen Aufgaben der chaotischen deutschen Gegenwart unmittelbar zugewandt ist und die es als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet, durch praktische Arbeit einen Weg in eine bessere Zukunft zu sichern.